

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich <b>Stadtgrün</b>		Drucksachen-Nr. <b>43/2007</b>
		<input checked="" type="checkbox"/> <b>Öffentlich</b>
		<input type="checkbox"/> <b>Nichtöffentlich</b>
<b>Beschlussvorlage</b>		
<b>Beratungsfolge</b> ▼	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Art der Behandlung</b> (Beratung, Entscheidung)
<b>Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr</b>	<b>06.02.2007</b>	<b>Beratung</b>
<b>Rat</b>	<b>01.03.2007</b>	<b>Entscheidung</b>

**Tagesordnungspunkt A 19**

**Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "StadtGrün Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2007**

**Beschlussvorschlag:**

@->

Der Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „StadtGrün Bergisch Gladbach“ für das Jahr 2007 wird in der dem Rat am 26.10.2006 vorgestellten Fassung einschließlich der im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 10.01.2007 und 06.02.2007 zur Beratung vorgelegten Änderungen beschlossen.

<-@

## **Sachdarstellung / Begründung:**

@->

Bitte bringen Sie daher die in der Ratssitzung am 26.10.2006 eingebrachten Anlagen zum Entwurf der Haushaltssatzung mit dem darin enthaltenen Wirtschaftsplanentwurf zur Beratung mit.

Sofern sich Anregungen im Rahmen der Auswertungen zum Bürgerhaushalt 2007 ergaben, wurden diese in der Vorlage berücksichtigt.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit ist das Zahlenwerk des Vermögensplanes 2007 und der Investitionsplanung 2006-2010 in der überarbeiteten Fassung der Vorlage als Anlage beigelegt.

Die investiven Ausgaben des Vermögensplans 2007 wurden dem Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr in seiner Sitzung am 10.01.2007 zur Beratung vorgelegt. Da noch Informationsbedarf bestand, wurde die Beratung auf die heutige Sitzung vertagt.

### **A) Erfolgs- und Finanzplan**

#### **1. Änderungen im Erfolgsplan im Vergleich zum Wirtschaftsplanentwurf**

Nach Einbringung des Entwurfes für den Wirtschaftsplan 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung StadtGrün in der Ratssitzung am 26.10.2006 ergaben sich für den Erfolgs- und Finanzplan bis zum heutigen Zeitpunkt keine Änderungen.

#### **2. Anregungen zum Bürgerhaushalt 2007, die den Erfolgsplan betreffen**

##### **a) Dokumentation zum Bürgerhaushalt Seite 22 Absatz 1**

**Bürgervorschlag:** „Übernahme der Pflege von Grünflächen durch Ehrenamtliche“

**und (themenverwandt)**

##### **Dokumentation zum Bürgerhaushalt Seite 27 unter dem Stichwort Bürgerbeteiligung:**

**Bürgervorschlag:** „Patenschaften bzw. Sponsoren für Bäume, Plätze, Parkanlagen, Kinderspielplätze u.a.“

##### ***Bezug: Wirtschaftsplan Seite 189***

***4 b) Unterhaltungskosten durch Fremdfirmen***

Im Stadtgebiet bestehen derzeit bereits 52 Patenschaften für Spielplätze, Baumbeete und sonstige Grünanlagen. Durch dieses vorbildliche Bürgerengagement werden Pflegeleistungen in Höhe von ca. 60.000 €/jährlich eingespart. Zudem sind im Rosengarten seit kurzem zusätzlich 5 Bürger/innen auf freiwilliger Basis in der Pflege aktiv.

Darüber hinaus konnten vom Eigenbetrieb Verkehrsflächen mehrere Firmen zur kostenlosen Gestaltung und Pflege von Grünflächen in Verkehrsanlagen (wie z.B. Kreisverkehre) gewonnen werden.

Es ist beabsichtigt auch in Zukunft weitere Paten bzw. Firmen hierfür zu gewinnen.

**b) Dokumentation zum Bürgerhaushalt Seite 39:**

**Bürgervorschlag zur Aufgabenerfüllung:**

„Outsourcing bestimmter Leistungen“

**Bezug: Diverse Wirtschaftspläne 2007**

Die Überprüfung des Leistungskataloges wird von den einzelnen Betrieben unter fachspezifischen Kriterien verfolgt.

Hierbei wird kritisch begutachtet, ob aufgabenbezogene Leistungen mit eigenem Personal erbracht oder extern „eingekauft“ werden sollten. Während im Vollzug hoheitlicher Aufgaben kaum eine externe Leistungserbringung möglich ist, ist dies im Bereich von Dienstleistungen grundsätzlich vielfach der Fall. In diesen Fällen wird geprüft, ob durch eine Auftragsvergabe an Dritte Kosteneinsparungen realisierbar sind.

Kriterien sind hierbei u.a. die im Vergleich zwischen Eigen- und Fremddurchführung entstehenden Personal- und Sachkosten unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Ausstattung des eigenen Betriebes, des Auslastungsgrades und eventuell notwendiger Investitionen.

Stellt sich im Rahmen dieser Vergleiche heraus, dass Leistungen auch im Hinblick auf mittel- und langfristige Personalkostenersparnisse durch befristet zu beauftragende Dritte wirtschaftlicher erfüllt werden können, erfolgt eine externe Vergabe. Andernfalls wird die Leistung unter Nutzung eventueller Ressourcen durch eigene Betriebe erbracht. Beispielhaft sei hier das Outsourcing der Gebäudereinigung oder der Toilettenbewirtschaftung im Gegensatz zur Eigendurchführung der Biomüllabfuhr genannt.

Die bewährte Praxis dieses Abwägungsprozesses sollte beibehalten werden um eine optimale wirtschaftliche Aufgabenerfüllung zu gewährleisten.

**c) Dokumentation zum Bürgerhaushalt Seite 39:**

**Bürgervorschlag zu Beschaffungen:**

„Einsparungen über Einkaufsgemeinschaften“

**Bezug: Diverse Wirtschaftspläne 2007**

Die Bildung von Einkaufsgemeinschaften kann bei Abnahme großer Mengen gleichartiger Waren zu Mengenrabatten führen. Sie ist bezogen auf Massenprodukte sinnvoll und möglich, z.B. Büroausstattungen einschließlich DV-Hardware oder Verbrauchsgüter wie Schmierstoffe, Streusalz usw.

Die Betriebe beziehen bereits Büroausstattungen und DV-Leistungen über den Zentraleinkauf der Stadt, über den Mengenrabatte auf den Jahresbedarf genutzt werden. Auch Schmier- und Betriebsstoffe werden über die Zentralwerkstatt sowie über einen Flottenvertrag mit einem externen Unternehmen unter Nutzung von Mengenrabatten bezogen. Solche verwaltungsinternen Einkaufsgemeinschaften haben sich bewährt und führen zu Einsparungen.

Die Bildung interkommunaler Einkaufsgemeinschaften hat sich jedoch als schwierig und wenig effektiv erwiesen. Aufgrund unterschiedlicher Bedarfslagen, Lagermöglichkeiten und der Bindung an verwaltungsindividuelle Vergabevorschriften ist der Aufwand zur Bedarfsbündelung und der Lieferkoordination sehr hoch.

## B) Vermögens- und Investitionsplan

### 1. Änderungen im Vermögensplan im Vergleich zum Wirtschaftsplanentwurf

Im Vermögensplan haben sich gegenüber dem eingebrachten Entwurf einige Änderungen ergeben, die im Rahmen einer Änderungsliste im nunmehr zu verabschiedenden Wirtschaftsplan zu berücksichtigen sind.

#### 1.1 Mittelverwendung Vermögensplan

Seite	Konto-Nr.		Bezeichnung	Spalte	Neuer Ansatz WP 2007	Entwurf Ansatz WP 2007	Veränderung
			<b>Aufwendungen</b>		€	€	€
195	I 40158xxx	a)	Ausgleichsmaßnahmen aus Mitteln der Baumschutzsatzung	Betrag 2007	91.000	0	+ 91.000
196		b)	Tilgung	Betrag 2007	329.000	330.000	- 1.000
196			Gesamtsumme der Mittelverwendung	Betrag 2007	2.417.339	2.327.339	+ 90.000

#### a) Allgemeine Vorhaben Grünflächen

Finanzmittel, die als Ausgleichszahlungen im Rahmen der Baumschutzsatzung geleistet wurden und zwischenzeitlich zinsgünstig angelegt waren, werden nun frei und für investive Maßnahmen zum Erhalt stadtbildprägender Bäume verwandt.

#### b) Tilgung

Bedingt durch die verminderte Darlehensaufnahme - siehe Erläuterungen zu 1.2 - verringert sich auch die Tilgung.

#### 1.2 Mittelherkunft Vermögensplan

Seite	Konto-Nr.		Bezeichnung	Spalte	Neuer Ansatz WP 2007	Entwurf Ansatz WP 2007	Veränderung
			<b>Erträge</b>		€	€	€
197	0890100	c)	Verlustausgleich Tilgung Grünflächen	Betrag 2007	170.000	171.000	- 1.000
197		a)	Rückfluss Ausgleichsmittel	Betrag 2007	91.000	0	+ 91.000
197	0800100	b)	Landeszuweisung	Betrag 2007	68.000	0	+ 68.000
197		c)	Darlehensaufnahmen	Betrag 2007	468.500	536.500	- 68.000
197			Gesamtsumme der Mittelherkunft	Betrag 2007	2.417.339	2.327.339	+ 90.000

#### a) Mittel aus der Baumschutzsatzung

Die geleisteten Ausgleichszahlungen wurden im Zentralhaushalt zinsgünstig angelegt und fließen nun wieder der Einrichtung zu, um dort- wie unter 1.1a) erläutert- verausgabt zu werden.

## b) Landeszuschuss für das Projekt Regionale 2010

Das Land hat beschlossen, das Projekt Regionale 2010 zu fördern und einen Zuschuss in Höhe von 68.000 € für das Jahr 2007 zugesagt.

## c) Darlehnsaufnahme und Tilgung

Die zuvor dargestellten Änderungen haben positive Auswirkungen auf die Darlehnsaufnahme und verringern diese um 68.000 €. Damit verringert sich gleichzeitig der Verlustausgleich für die Deckung der Tilgung im Betriebszweig Grünflächen.

## 2. Investitionsplan

Die erläuterten Änderungen des Vermögensplanes 2007 wurden auch in die Investitionsplanung 2006-2010 übernommen.

Auch in der Investitionsplanung 2006-2010 hat es seit Einbringung des Wirtschaftplanentwurfes 2007 Änderungen gegeben, die nachfolgend erläutert werden und zusammen mit den Änderungen des Vermögensplanes in die zu beschließenden Änderungslisten eingearbeitet wurden.

### 2.1 Mittelverwendung

Seite	Konto-Nr.		Bezeichnung	Spalte	Neuer Ansatz WP 2007	Entwurf Ansatz WP 2007	Veränderung
			<b>Mittelverwendung</b>		€	€	€
205	I40158004	a)	Kraftfahrzeuge Grünflächen	Betrag 2009	120.000	60.000	+ 60.000
				Gesamtkosten 2006-2010	270.000	210.000	+ 60.000
205	I 40158xxx		Ausgleichsmaßnahmen aus Mittel der Baumschutzsatzung	Betrag 2007	91.000	0	+ 91.000
				Gesamtkosten 2006-2010	91.000	0	+ 91.000
206			Tilgung	Betrag 2007	329.000	330.000	- 1.000
206			Tilgung	Betrag 2009	361.000	360.000	+ 1.000
				Gesamtkosten 2006-2010	1.712.000	1.712.000	0
206			Gesamtsumme Mittelverwendung	Betrag 2007	2.417.339	2.327.339	+ 90.000
				Betrag 2009	3.640.712	3.579.712	+ 61.000
				Gesamtkosten 2006-2010	14.374.381	14.223.381	+ 151.000

#### a) Kraftfahrzeuge Grünflächen

Bei einer Fahrzeugüberprüfung wurde festgestellt, dass der sich im Einsatz befindende Greiferwagen spätestens im Jahr 2009 ersetzt werden muss

## 2.2 Mittelherkunft

Seite	Konto-Nr.	Bezeichnung	Spalte	Neuer Ansatz WP 2007	Entwurf Ansatz WP 2007	Veränderung
		<b>Mittelherkunft</b>		€	€	€
207	0890100	Vereinbarter Verlustausgleich Tilgung Grünflächen	Betrag 2007	170.000	171.000	- 1.000
			Betrag 2009	187.000	186.000	+ 1.000
			Summe 2006-2010	887.000	887.000	0
207		Rückfluss Ausgleichzahlungen	Betrag 2007	91.000	0	+ 91.000
			Summe 2006-2010	91.000	0	+ 91.000
207		Landeszuweisung	Betrag 2007	68.000	0	+ 68.000
			Summe 2006-2010	68.000	0	+ 68.000
207		Darlehnsaufnahme	Betrag 2007	468.500	536.500	- 68.000
	<b>b)</b>		Betrag 2009	1.628.500	1.568.500	+ 60.000
			Summe 2006-2010	4.664.600	4.672.600	- 8.000
207		Gesamtsumme Mittelherkunft	Betrag 2007	2.417.339	2.327.339	+ 90.000
			Betrag 2009	3.640.712	3.579.712	+ 61.000
			Summe 2006-2010	14.374.381	14.223.381	+ 151.000

### b) Darlehnsaufnahme

Durch die Erhöhung des Ansatzes für die Kraftfahrzeuge Grünflächen erhöht sich die Darlehnsaufnahme

## 3. Anregungen zum Bürgerhaushalt 2007, die den Vermögensplan betreffen

### a) Dokumentation zum Bürgerhaushalt, Seite 29:

#### Bürgervorschlag:

„Reduzierung der Grünflächenpflege: Rückbau Grünflächen - Einsparziel 1,2 Mio. € „

#### Bezug im Wirtschaftsplan: Seite 195

„Allgemeine Vorhaben Grünflächen“

Ein Rückbau von Grünflächen ist sinnvoll, wenn diese Flächen zukünftig auch einer anderen Nutzung zugeführt werden, da auch extensive Grünflächen oder selbst Brachen Unterhaltung erfordern (z.B. im Rahmen der Verkehrssicherung). Zudem muss für einen Rückbau je nach Ausbaustandort mit Kosten von ca. 10 bis 30 € je m<sup>2</sup> gerechnet werden; es sind Investitionen erforderlich, um Investitionen zu beseitigen.

Für den Rückbau der Grünanlage Deutscher Platz/Hindenburgplatz, der mit dem integrierten Spielplatz eine Fläche von 7.024 m<sup>2</sup> aufweist, wäre bei einem kalkulierten Rückbaupreis von 25 €/m<sup>2</sup> z.B. ein Betrag in Höhe von 175.600 € aufzuwenden. Diese Summe liegt um mehr als das

Dreifache über den lt. Wirtschaftsplan 2007 vorgesehenen Gesamtinvestitionen (50.000 €) für Maßnahmen außerhalb des Bestattungswesens. Selbst bei Akzeptanz des Verlustes von Grün/bzw. Spielflächen ist alleine aufgrund fehlender Investitionsmittel ein Rückbau nicht realisierbar.

StadtGrün hat jedoch im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes verschiedene kleinere Grünflächen zum Verkauf freigegeben (zus. ca. 8.600 m<sup>2</sup>). In diesem Falle würden Rückbaukosten entfallen, da diese der Käufer tragen würde. Diese Grundstücke befinden sich in der Vermarktung durch den FB 8.

## **b) Dokumentation zum Bürgerhaushalt, Seite 29:**

### **Bürgervorschläge zum Fuhrpark:**

*„Prüfung auf Zweckmäßigkeit u. Wirtschaftlichkeit“  
„kleinstmögliche Fahrzeuge einsetzen“*

***Bezug im Wirtschaftsplan: Seite 195, I 40158004***  
*Kraftfahrzeuge Grünflächen*

Aufgrund der Bedarfsabstimmung zwischen Meister und Betriebsleiter werden Fahrzeuganschaffungen im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes vom Eigenbetrieb angemeldet. Vor dem Vergabeverfahren erfolgt eine Überprüfung durch den Fachbereichscontroller. Unter Einbeziehung des Werkstattmeisters werden anhand einer Checkliste Nutzungsdauer, Auslastung, Reparaturkosten und Anschaffungsalternativen geprüft und fließen in eine schriftliche Stellungnahme ein. Diese dient der Fachbereichsleitung als Entscheidungshilfe zur Neu- bzw. Ersatzbeschaffung (Art, Größe, Ausstattung, Zeitpunkt).

Betriebswirtschaftliche Auswertungen im Rahmen der Kostenrechnung werden z.Zt. nicht vorgenommen, sind aber mit Ausbau des Controllingystems und Ergänzung der Fuhrparksoftware geplant.

## **c) Dokumentation zum Bürgerhaushalt, Seite 39**

### **Bürgervorschlag:**

*„Längere Nutzungsdauer von Gebäuden und Sachgegenständen“*

***Bezug im Wirtschaftsplan: Seite 195 – 196***  
*Mittelverwendung insgesamt*

Die Investitionstätigkeit wird durch die derzeitige Haushaltslage und den damit verbundenen rechtlichen Auflagen ohnehin äußerst restriktiv gehandhabt, so dass in vielen Fällen - gerade bei den beweglichen Anlagegütern - eine Nutzung weit über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer erfolgt.

Es ist jedoch zu beachten, dass somit zwar investive Ausgaben vermieden werden, aber zum einen erhöhte, direkt aufwandswirksame Folgekosten durch erhöhten Unterhaltungs-/Reparaturaufwand entstehen können, zum anderen die Wirtschaftsgüter nicht mehr dem aktuellen technischen Stand entsprechen und so Unwirtschaftlichkeiten entstehen können.